

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 15/3175 –**

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der Internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

A. Problem

Wie die gewaltsamen Auseinandersetzungen im März 2004 erneut gezeigt haben, wird die Stabilität des Kosovo nach wie vor durch ethnische Gegensätze, organisierte Kriminalität und politischen Extremismus gefährdet. Zentraler Punkt der politischen Auseinandersetzungen ist die offene Statusfrage, die durch den VN-Sicherheitsrat gelöst werden muss. Die Mitglieder der Kontaktgruppe haben ein Konzept entwickelt, das die Voraussetzungen für die Aufnahme von Statusverhandlungen mit der Erfüllung grundlegender demokratischer und rechtsstaatlicher Standards formuliert. In einer Erklärung des VN-Sicherheitsratspräsidenten wurde diese Position zuletzt am 30. April 2004 unterstrichen. Auch wenn es das Ziel der internationalen Gemeinschaft bleibt, die Grundlagen für selbsttragenden Frieden und Demokratie in der Region zu schaffen, die die Präsenz internationaler militärischer Kräfte nicht mehr länger erforderlich macht, ist dieser Zeitpunkt noch nicht erreicht. Daher scheint eine Fortführung der KFOR-Mission erforderlich.

Die Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ein entsprechender Beschluss des NATO-Rats sowie die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/3175 anzunehmen.

Berlin, den 27. Mai 2004

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühle
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Dr. Ludger Volmer
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Ludger Volmer und Dr. Werner Hoyer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 15/3175 in seiner 110. Sitzung am 26. Mai 2004 an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Innenausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Verteidigungsausschuss, an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung sowie an den Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

II.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen eine Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 27. Mai 2004 beraten und empfiehlt mit den Stim-

men der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen eine Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 anberaten. Er empfiehlt in seiner 41. Sitzung am 27. Mai 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Annahme.

IV.

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 27. Mai 2004

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Dr. Ludger Volmer
Berichterstatter

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter